

Die CDU-Nahe ist gegen eine Gemeindefusion

Das Aufgeben der Heimatgemeinde zugunsten einer größeren Einheit hat auch sehr viel mit Emotionen zu tun. Für viele ist damit auch ein Identitätsverlust verbunden, der sich in vielfältiger Weise auswirken kann.

Was die Fusion betrifft, wird von Seiten der Grünen und der SPD immer wieder behauptet, dass eine Fusion nur Vorteile mit sich bringt. Ein anderes, aber fundiertes Rechercheergebnis kommt zu einem ganz anderen Schluss.

Hier möchte ich einmal aus der Zeitschrift Kommunal zitieren. Dabei sind die Auswirkungen von Gebietsreformen inzwischen auch wissenschaftlich untersucht, allerdings sind die Ergebnisse alles andere als rosig.

Die von Gemeindefusionen erhofften Einsparpotenziale und Effizienzgewinne werden regelmäßig nicht erzielt. Stattdessen wächst die räumliche und politische Distanz zwischen Wählern und Entscheidern, geht die Identifizierung der Bürger mit ihrer Gemeinde verloren, sinkt die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und vieles mehr. Das zumindest sind die Erkenntnisse zweier Wissenschaftler vom Ifo Institut und vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung auf Basis der Auswertung von 30 empirischen Studien, die sie 2017 erstellt haben.

Ausgeprägte Verbundenheit mit der eigenen Stadt oder Gemeinde sei demnach

ein wichtiger Kitt für den gesellschaft-

lichen Zusammenhalt, heißt es in einer Untersuchung zu Gemeindefusionen im Auftrag der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die CDU-Fraktion stellt klar, dass ein Bürgerentscheid zur Gemeindefusion erst dann erfolgen kann, wenn wichtige Übereinkünfte zwischen beiden Gemeinden, wie im Weiteren beschreiben, vereinbart wurden. Daran ist die Einwohnerschaft zu beteiligen.

- Späterer Name der Neuen Gemeinde
- Bleiben die Naher Siede in der Hand der Gemeinde oder gehen diese, wie in Itzstedt zu Hamburg Wasser über?
- Welches Wappen geben wir uns?
- Gibt es einen hauptamtlichen Bürgermeister?
- Bleiben die beiden Ortsfeuerwehren
- Bleiben die beiden Kitas
- Gibt es eine neue Postleitzahl?
- Wer bezahlt die Kosten für die Adressenänderung im Personalausweis, Führerschein, Verträgen, neue Beschriftung der Autos, Änderung der Homepages uvm.

Das möchten SPD und Grüne erst angehen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.